

# EINWOHNERGEMEINDE DERENDINGEN



---

## SCHULZAHNPFLEGEREGLEMENT

---

### **Genehmigung:**

Durch die Gemeindeversammlung am

Ausgabe: a) 01.07.97

# REGLEMENT ÜBER DIE SCHULZAHNPFLEGE DER EINWOHNERGEMEINDE DERENDINGEN

Die Gemeindeversammlung

in Vollziehung des Gesetzes über die Schulzahnpflege vom 25. Juni 1995 und der Vollzugsverordnung zum Gesetz über die Schulzahnpflege vom 30. November 1945 und gestützt auf § 19 der Gemeindeordnung vom 1. Juni 1993

beschliesst:

## 1. ALLGEMEINES

### § 1

- |  |                  |
|--|------------------|
| 1. Die Schulzahnpflege bezweckt, die Zahnverderbnis und ihre Folgen durch vorbeugende Massnahmen und Behandlung zu bekämpfen. Sie umfasst die gesamte schulpflichtige Jugend und die Kinder im Kindergarten. | Zweck und Umfang |
|--|------------------|

## 2. VORBEUGENDE ZAHNPFLEGE

### § 2

- |   |         |
|---|---------|
| 1. Die vorbeugende Zahnpflege ist Aufgabe der Eltern, des Schulzahnarztes oder der Schulzahnärztin, der Lehrerschaft und der Schulbehörden.   | Aufgabe |
| 2. Die Lehrkräfte haben in Zusammenarbeit mit den Schulzahnärzten in besonderen Unterrichtsstunden und bei passenden Gelegenheiten die Kinder und Eltern mit der Kenntnis der Zähne, ihrer Krankheiten und ihrer Pflege vertraut zu machen. |         |

## 3. UNTERSUCHUNG UND BEHANDLUNG

### § 3

- |   |              |
|---|--------------|
| 1. Der Schulzahnarzt oder die Schulzahnärztin untersucht alljährlich die Kinder auf den Zustand der Zähne und stellt die Mängel fest. Die Wahl des behandelnden Schulzahnarztes oder Schulzahnärztin steht den Eltern frei, wenn mehr als ein Schulzahnarzt oder Schulzahnärztin bestimmt ist. Die Schüler sollen möglichst während der ganzen Schulzeit vom gleichen Schulzahnarzt behandelt werden. | Untersuchung |
| 2. Die Untersuchung ist obligatorisch. Sie findet im Schulhaus oder in der Praxis des Schulzahnarztes statt.  |              |

## § 4

1. Der Inhaber der elterlichen Gewalt hat nach der Untersuchung dem Zahnarzt/Zahnärztin schriftlich zu erklären, ob die Behandlung durch den Schulzahnarzt/die Schulzahnärztin (Wahl nach § 3 Absatz 1) oder auf eigene Kosten durch einen Privatzahnarzt/Privatzahnärztin erfolgen soll.
2. Bei der Wahl der schulzahnärztlichen Behandlung erstellt der Schulzahnarzt/die Schulzahnärztin einen detaillierten und verbindlichen Kostenvoranschlag. Der durch die Eltern zu übernehmende Kostenanteil wird durch ~~die Schulkommission~~ **den Gemeinderat** gemäss § 11 <sup>3</sup> festgesetzt. Durch seine Unterschrift verpflichtet sich der Inhaber der elterlichen Gewalt zur Uebernahme dieses Kostenanteils.

Kostenvoranschlag

## § 5

1. Die Behandlung hat nach den Richtlinien der Schweiz. Arbeitsgemeinschaft für Schul- und Jugendzahnpflege zu erfolgen. Die schulzahnärztliche Behandlung umfasst:
  1. Prophylaktische Massnahmen
  2. konservierende Behandlung
  3. notwendige Extraktionen
  4. Regulierungen laut Schweregradliste
2. Zahnersatz (Prothesen, Stiftzähne, Gold- und Porzellankronen usw.) und die Behandlung von durch Unfall verursachten Zahnschäden sind dem Schulzahnarzt vom Inhaber der elterlichen Gewalt direkt zu vergüten, soweit nicht die Krankenkasse ~~oder die Schülerunfallversicherung~~ für die Kosten aufkommen.

Zahnbehandlung

## § 6

Das Ergebnis der Untersuchung und Behandlung ist in das Kontrollheft bzw. die Personalkarte jedes Kindes einzutragen.

Kontrollheft und Personalkarte

## § 7

Die Behandlung der Kinder hat in der Regel ausserhalb der Ferienzeit zu erfolgen. Die Lehrerschaft sorgt dafür, dass die Kinder die Behandlungszeit einhalten.

Behandlungszeit

## § 8

Kinder, die nicht zur Behandlung erscheinen oder die Weisungen über die Behandlung der Zähne nicht befolgen, sind nach erfolgloser Mahnung durch ~~die Schulkommission~~ **die Schulleitung** und schriftlicher Orientierung des Inhabers der elterlichen Gewalt von der schulzahnärztlichen Behandlung auszuschliessen.

Ausschluss von der schulzahnärztlichen Behandlung

## 4. FINANZIELLES

## § 9

Der Schulzahnarzt/die Schulzahnärztin verpflichtet sich vertraglich zur Behandlung aller Kinder nach dem im Zahnarztvertrag festgelegten Rahmentarif.

Vertrag mit dem Schulzahnarzt

## § 10

1. Der Schulzahnarzt/die Schulzahnärztin stellt den Inhabern der elterlichen Gewalt für die Behandlungskosten Rechnung.  
Die Rechnung ist mit folgender Rechtsmittelbelehrung zu versehen:  
„Gegen diese Rechnung kann innert 10 Tagen eine Beschwerde bei ~~der Gemeinderatskommission~~ **dem Gemeinderat** eingereicht werden. Die Beschwerde hat schriftlich zu erfolgen und muss einen Antrag und eine Begründung enthalten.“  
Rechnungsstellung
2. Die Zahnärzte verschicken die 1. und 2. Mahnung.  
Mahnwesen
3. Die Zahnärzte übergeben je eine Kopie der Rechnung sowie der 1. und 2. Mahnung der Finanzverwaltung der Einwohnergemeinde Derendingen. Die Gemeinde zahlt den Zahnärzten die Rechnung (=Subsidiärhaftung) und leitet das Betreibungsverfahren ein.  
Betreibungsverfahren/Subsidiärhaftung der Gemeinde
4. Da die Gemeinde die Subsidiärhaftung (Zahlung von ausstehenden Rechnungsbeträgen) gegenüber den Zahnärzten übernimmt, hat sie auch 50 % von der AHV zu übernehmen.  
Die Zahnärzte haben auf Ende Jahr eine Rechnungszusammenstellung von den Behandlungskosten bei der Finanzverwaltung abzuliefern.  
Die Gemeinde resp. die Finanzverwaltung rechnet mit der AHV-Stelle direkt ab und stellt den Zahnärzten Rechnung für den Arbeitnehmerbeitrag.  
AHV-Beiträge

## § 11

1. Die Untersuchungskosten aller in Derendingen wohnenden, schulpflichtigen Jugendlichen und für die Kinder im Kindergarten gehen zu Lasten der Gemeinde.  
Kostenanteile der Eltern und der Gemeinde
2. Für Kinder, die eine auswärtige Schule besuchen, hat die Wohnsitzgemeinde den Kostenanteil zu übernehmen.
3. Die Behandlungskosten sind vom Inhaber der elterlichen Gewalt entsprechend seiner finanziellen Leistungsfähigkeit teilweise oder ganz zu übernehmen. Die Beitragsleistung richtet sich nach dem zu diesem Reglement gehörenden Regulativ (Anhang 1).
4. Der Inhaber der elterlichen Gewalt kann mit der bezahlten Original-Zahnarztrechnung bei der Finanzverwaltung den Gemeindebeitrag (gemäss Anhang 1) geltend machen.

## § 12

1. Gegen den eröffneten Eltern- resp. Gemeindebeitrag durch die Finanzverwaltung kann innert 10 Tagen ~~bei der Gemeinderatskommission~~ **beim Gemeinderat** Einsprache erhoben werden.  
Einsprache gegen die Berechnung des Elternbeitrages
2. Gegen Entscheide ~~der Gemeinderatskommission~~ **des Gemeinderates** kann innert 10 Tagen seit Zustellung beim Departement des Innern Beschwerde erhoben werden.

## § 13

1. Bei ausserordentlich hohen Behandlungskosten oder besonderer finanzieller Lage der Eltern kann vom Inhaber der elterlichen Gewalt der ~~Schulkommission~~ **Schulleitung** ein Gesuch um teilweisen oder gänzlichen Erlass des Elternbeitrages eingereicht werden.
2. Ueber diese Gesuche entscheidet auf Antrag der ~~Schulkommission~~ **der Schulleitung** der Gemeinderat.
3. Ueber Anstände entscheidet das Departement des Innern.

Erlass der Eltern-  
beiträge

## 5. ORGANISATION, LEITUNG UND AUFSICHT

## § 14

1. Organisation, Leitung und Aufsicht des Schulzahnpflegedienstes ob-  
liegen der ~~Schulkommission~~ **Schulleitung**.
2. Der Kantonszahnarzt oder die Kantonszahnärztin beaufsichtigt den  
Schulzahnpflegedienst in Verbindung mit dem Departement des  
Innern und dem Erziehungsdepartement **Departement für Bildung  
und Kultur**.

Organisation

## § 15

Der Gemeinderat schliesst mit den Schulzahnärzten über die Durchfüh-  
rung der Schulzahnpflege einen Vertrag ab.

Vertrag mit den  
Schulzahnärzten

## § 16

1. Anstände zwischen dem Inhaber der elterlichen Gewalt und dem  
Schulzahnarzt/der Schulzahnärztin werden durch die ~~Schulkommission~~ **den Gemeinderat** entschieden.
2. Gegen die Entscheide der ~~Schulkommission~~ **des Gemeinderates**  
kann innert 10 Tagen seit Zustellung beim Departement des Innern  
Beschwerde erhoben werden.

Anstände zwi-  
schen Eltern und  
Schulzahnarzt

## 6. STRAF- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

## § 17

Eltern, die ihre Kinder der durch dieses Gesetz vorgesehenen vorbeu-  
genden Zahnpflege oder den Reihenuntersuchungen entziehen, können  
durch die ~~Schulkommission~~ **Schulleitung** nach erfolgter Mahnung von  
der Beitragsberechtigung ausgeschlossen werden. Beiträge können  
wieder gewährt werden, wenn das Gebiss des Kindes vollständig saniert  
ist.

Uebertretung

## § 18

Im übrigen gilt das Gesetz über die Schulzahnpflege vom 25. Juni 1995  
und die Vollzugsverordnung vom 30. November 1945.

Gesetz über die  
Schulzahnpflege

§ 19

1. Das Reglement über die Schulzahnpflege tritt nach Genehmigung durch die Gemeindeversammlung auf den 1. August 2009 in Kraft. Inkrafttreten
2. Mit dem Inkrafttreten wird das bestehende Reglement über die Schulzahnpflege vom 23. Oktober 1996 und alle mit dem vorliegenden Reglement im Widerspruch stehenden Gemeindebeschlüsse aufgehoben.

Derendingen,

Im Namen der Gemeindeversammlung

Der Gemeindepräsident:

Leiterin Administration:

K. Tschumi

B. Müller

## ANHANG 1

## ELTERNBEITRAEGE AN DIE KOSTEN DER SCHULZAHNAERZTLICHEN BEHANDLUNG

Die Gemeindeversammlung

gestützt auf § 16 der Vollzugsverordnung zum Gesetz über die Schulzahnpflege vom 30. November 1945 und § 11 des Reglementes über die Schulzahnpflege vom 30. September 1971

beschliesst:

1. An die Kosten der schulzahnärztlichen Behandlung haben die Eltern folgende Beiträge zu leisten.

<u>Bei einem Gemeindesteuerbetrag</u>		<u>Kostenanteil in Prozenten</u>
	bis Fr. 1'000.--	0 %
von Fr. 1'001.--	bis Fr. 1'500.--	20 %
von Fr. 1'501.--	bis Fr. 2'000.--	40 %
von Fr. 2'001.--	bis Fr. 2'500.--	60 %
von Fr. 2'501.--	bis Fr. 3'000.--	80 %
von Fr. 3'001.--	bis Fr. 3'500.--	90 %
von Fr. 3'501.-- und mehr		100 %

2. Dieses Regulativ tritt nach Genehmigung durch die Gemeindeversammlung auf den 1. August 2009 in Kraft.

Derendingen,

Im Namen der Gemeindeversammlung

Der Gemeindepräsident:

Leiterin Administration:

K. Tschumi

B. Müller

## **Kieferorthopädie im Rahmen der Schulpflege**

Die Gemeindeversammlung

gestützt auf § 16 der Vollzugsverordnung zum Gesetz über die Schulzahnpflege vom 30. November 1945 und § 5 des Reglementes über die Schulzahnpflege vom 30. September 1971

beschliesst:

Die Zahnbehandlung hat nach den nachfolgend in der Schwerebewertungsliste aufgeführten Kriterien zu erfolgen:

### **Schwerebewertungsliste**

#### 1. Sagittale Abweichungen:

- 1.1 Kreuzbiss von permanenten Schneidezähnen oder Eckzähnen
- 1.2 Alle Fälle von Progenien
- 1.3 Sagittale Schneidezahnstufe von mindestens 7 mm

#### 2. Vertikale Abweichungen:

- 2.1 Tiefbiss mit Traumatisierung der Gingiva
- 2.2 Offener Biss bei mindestens drei Antagonistenpaare der 2. Dentition

#### 3. Transversale Abweichungen:

- 3.1 Zwangsbiss bedingt durch permanente Zähne
- 3.2 Nonokklusionen der 2. Dentition

#### 4. Intramaxilläre Abweichungen:

- 4.1 Partielle frontale Anodontie oder Nichtanlagen von mindestens zwei Zähnen der 2. Dentition pro Kiefer
- 4.2 Fälle mit schwerem Engstand, die
  - 4.2.1 eine Extraktionstherapie benötigen
  - 4.2.2 einen Platzmangel von mindestens 6 mm pro Bogenlänge aufweisen
- 4.3 Retention eines zentralen Schneidezahnes oder Eckzahnes
- 4.4 Schwere Verlagerungen von bleibenden Zähnen

#### 5. Besonderes:

- 5.1 Für sehr schwere Gebiss- und Zahnanomalien, die mit diesen Kriterien nicht erfasst werden, kann vom behandelnden Zahnarzt ein Gesuch an den kantonalen Schulzahnarzt gestellt werden.
- 5.2 Unfälle: Diese sind grundsätzlich über eine Unfallversicherung zu decken.

Derendingen,

Im Namen der Gemeindeversammlung

Der Gemeindepräsident:

Leiterin Administration:

K. Tschumi

B. Müller